Der Wandel der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zum Campus für Demokratie
4. Standortkonferenz

Dokumentation der Veranstaltung
am 8. November 2019, 17.00 bis 20.00 Uhr
Finanzamt für Körperschaften IV, Großer Hofsaal, Magdalenenstraße 25, 10365 Berlin

Auftraggeber: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Referat IV B
Verfasser: Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG

Fotos: Jörg Carstensen/photothek.net

Einführung

Rund 80 Besucherinnen und Besucher folgten am 8. November 2019 der Einladung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. In der 4. Standortkonferenz mit dem Titel "Der Wandel der Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg zum Campus für Demokratie" wurden neben Informationen zum Stand der Planungen für die Entwicklung des Geländes zwei internationale Beispiele für Erinnerung, Kultur und Bildung präsentiert.

Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (BStU) und Ideengeber des "Campus für Demokratie", wies auf den Beschluss des Bundestages vom 26. September 2019 hin, der ein Konzept für ein am Standort Lichtenberg zu errichtendes Archivzentrum formuliert. Dort sollen zukünftig die Akten der Staatssicherheit, der SED sowie der Massenorganisationen der DDR unter dem Dach des Bundesarchivs zusammengeführt werden. Dies ist ein bedeutender Teil des kulturellen und nationalen Gedächtnisses der heutigen Bundesrepublik Deutschland. Die bisher verstreuten Bestände werden gebündelt und somit für alle Interessierten leichter zugänglich gemacht. Schon jetzt lagert in Berlin ein Bestand von ca. 51 Kilometer Akten der Staatssicherheit.

Bild links oben: Roland Jahn, Tom Sello, Katrin Lompscher
Bild rechts oben: Maria Bering, Leiterin "Geschichte, Erinnerung" bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien
Bild links unten: Udo Dittfurth, Standortmanagement

Maria Bering, Leiterin der Gruppe K4, "Geschichte, Erinnerung" bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, betonte in ihrem Redebeitrag die feste Absicht des Bundes, auf dem ehemaligen Ministeriumsstandort unter dem Dach des Bundesarchivs ein Archivzentrum der DDR-Geschichte mit bundesweiter Ausstrahlungskraft zu errichten. Berlin müsse sich zudem bewusst machen, dass der Standort Lichtenberg eine einmalige Chance biete, die Akten an dem Ort zusammenzuführen, wo sie auch hingehörten.

Standortmanager Udo Dittfurth erläuterte in seinem Beitrag die städtebaulichen Ziele des Landes Berlin für den Block. Das MfS-Areal liegt als Sanierungsgebiet (förmlich nach § 144 BauGB festgesetzt) in der Kulisse des Stadtumbaugebiets Frankfurter Allee Nord (Städtebauförderung). Ein wichtiger Baustein ist die Fortschreibung der Sanierungsziele, im Rahmen eines Integrierten Stadtentwicklungskonzepts, als planungsrechtliche Grundlage für die weitere Entwicklung. Ein bereits in Abstimmung befindliches Gesamtkonzept reagiert auf die vorgefundenen Missstände (z.B. Leerstand) und umfasst in erster Linie die Definition von städtebaulich-freiraumplanerischen Zielen, konkreten Nutzungsvorstellungen sowie das Finden von tragfähigen Betreiberkonzepten. So soll dem hohen Leerstand mit möglichst niedrigschwelligen Maßnahmen entgegengewirkt werden. Es kommen vor allem verträgliches Gewerbe, aber auch kreative Zwischennutzungen in Frage. Dies ist ein komplexer Prozess, der verschiedene Stufen der Partizipation durchlaufen muss. Nächste konkrete Schwerpunkte der Arbeit sind die Umsetzung eines Wegeleitsystems sowie die Verbesserung der öffentlichen Erschließung. Im Jahr 2020 sollen die Sanierungsziele fortgeschrieben werden. Darüber hinaus erfolgt die laufende Information und Beteiligung über Gremien und Medien (FAN- und Standortkonferenzen, Beiräte, Öffentlichkeitsarbeit).

Keynotes

In Impulsvorträgen stellten Basil Kerski, Leiter des Europäischen Solidarnosc-Zentrum Gdansk, und Kari Lämsä, Service Manager der Oodi-Bibliothek in Helsinki, zwei beispielgebende europäische Kulturorte vor.

Das Europäische Solidarnosc-Zentrum entstand auf dem Gelände der früheren Lenin-Werft. Die Werft wurde mit der Gründung von "Solidarnosc" zum Nukleus des größten unabhängigen Gewerkschaftsbundes im damaligen Ostblock. Die Bewegung hatte bis zu 10 Millionen Mitglieder und war Ausgangspunkt einer friedlichen Streikbewegung unter der Führung von Lech Wałęsa. In der europäischen Zeitgeschichte spielt der Hafen Danzig eine besondere Rolle. Hier begann 1939 mit dem deutschen Überfall auf die polnische Westerplatte der 2. Weltkrieg und die Solidarnosc-Bewegung läutete ab 1980 den Zerfall des sozialistischen Ostblocks ein.

Bild links: Basil Kerski, Leiter des Europäischen Solidarnosc-Zentrum Gdansk
Bild rechts: Kari Lämsä, Service Manager der Oodi-Bibliothek Helsinki

Für das Europäische Solidarnosc-Zentrum wurde ein ikonografischer Neubau errichtet, der mit seiner Form eines Schiffskörpers im Rohbau das Stadtbild prägt. Es zieht mit einem umfassenden Programm aus Museum, Bildung, Forschung und Kultur jedes Jahr rund eine Million Besucherinnen und Besucher

an. Unter dem Leitgedanken "Entdecke die Geschichte, entscheide für die Zukunft" hat sich das Zentrum in den letzten Jahren als Ort des demokratischen Miteinanders, der Begegnung und des Austauschs etabliert. Ein Großteil der Arbeit des Zentrums beschäftigt sich mit Fragen zur europäischen Gegenwart und Zukunft.

Im Jahr 2018 wurde in Helsinki die Oodi-Bibliothek anlässlich der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Unabhängigkeit Finnlands fertig gestellt. Erste Pläne zum Neubau wurden bereits im Jahr 2000 gefasst, jedoch stieß das Projekt erst ab 2007 auf ein größeres Interesse bei Politik, Medien und Bürgerschaft. Im Zentrum Helsinkis existierten bereits vier Bibliotheken, die Notwendigkeit eines Bibliotheksneubaus wurde schon aufgrund dieser Tatsache hinterfragt. In mehreren Workshops und Ideenaufrufen kamen mehr als 2.000 Ideen zur Nutzung zusammen, die im Bericht "Heart of Metropolis" zusammengefasst sind. Ein großer Teil dieser Ideen wurde umgesetzt. Dazu zählen die Initiierung von Räumen für Veranstaltungen, Workshops, Selbsthilfewerkstätten, Stadtkultur, Entspannen und Arbeiten oder Konzepte für "Peer-to-Peer-Lernen" und den Erfahrungsaustausch. Entstanden ist ein Ort für Familien und für den Dialog zwischen den Generationen, der offen für alle und ein nicht kommerzieller Treffpunkt ist.

In den Jahren 2012/13 fand ein internationaler Architekturwettbewerb statt, mit dessen Ergebnissen die Stadt Helsinki den Entschluss zum Neubau in zentraler Innenstadtlage fasste. Die Baukosten betrugen 98 Millionen Euro. Auf den über 17.000 m² Bruttogeschossfläche werden 2,5 Millionen Besucher*innen pro Jahr gezählt.

Podium

Auf dem anschließenden Podium, moderiert von Isabel Fannrich, diskutierten Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher, Kultursenator Dr. Klaus Lederer, Dr. Robert Kaltenbrunner vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), Lutz Henke von VisitBerlin und Jette Helberg aus Leipzig von der Initiative Aufbruch Ost über die Herausforderungen für den an diesem Standort geplanten Campus für Demokratie.

Bild links: Lutz Henke, visit Berlin, Dr. Klaus Lederer, Isabel Fannrich (Moderation)
Bild rechts: Jette Helberg, Initiative Aufbruch Ost

Senatorin Lompscher begrüßt in ihrem Statement das Engagement des Bundes. Hier soll Geschichte präsent bleiben und gleichzeitig über die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft nachgedacht werden. Der Bund soll hier ein offenes Archivzentrum errichten, durch gemeinsame Anstrengungen soll ein

belebter Ort geschaffen werden. Das Land Berlin kann und wird dazu die Sanierungsziele konkretisieren und die Planungen für die öffentliche Infrastruktur voranbringen, um die Möglichkeiten für die Gestaltung des Ortes rechtlich zu sichern. Die gezeigten Beispiele bestätigen, dass nicht allein das Bewahren die Aufgabe für die Entwicklung des Campus sein kann. Eine der großen Herausforderungen wird darin bestehen, die geplanten Angebote städtebaulich einzufügen und gleichzeitig eine Öffnung des in sich gekehrten Blockes zur Stadt zu bewerkstelligen.

Senator Lederer stellt klar, dass das Areal in der Erinnerungslandschaft Berlins eine wichtige Rolle einnimmt. Der Berliner Senat wird sich dafür engagieren, dass zukünftig auch der Oppositionsbewegung in der DDR eine angemessene Bedeutung zugestanden wird. Er ermutigt den Bund, ein "Forum zu Opposition und Widerstand in der DDR" bei der Planung des Archivzentrums mitzudenken, Berlin sei als Partner mit dabei.

Dr. Robert Kaltenbrunner vom BBSR verweist auf die Bedeutung des Campus' als städtebauliche wie kulturelle Aufgabe Berlins mit nationaler Ausstrahlungskraft. Dabei bedarf es einer großen Vision. Eine kleinteilige Diskussion sei auf dem Weg der Entwicklung eher hinderlich. Die gezeigten Beispiele machen deutlich, dass nur mit qualifizierten Planungsverfahren gelungene Lösungen zu entwickeln sind, die mindestens eine nationale Ausstrahlungskraft entwickeln sollen.

Für Jette Helberg von der Leipziger Initiative "Aufbruch Ost" ist ein umfassender Blick auf die Jugend und auf gegenwärtige Herausforderungen der Demokratie, etwa durch Populismus oder die neuen Medien, bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Angebote zwingend notwendig. Für die Identitäten junger Leute spiele auch die Vergangenheit – hier die Staatssicherheit – eine starke Rolle.

Impressionen der Veranstaltung

Lutz Henke von visitBerlin unterstützt die Bemühungen der Akteure vor Ort. Den Standort vergleicht er mit einem Rohdiamanten, der noch geschliffen werden muss. Die Lage in der Stadt - gut erreichbar, aber außerhalb der eigentlichen Innenstadt - passe hervorragend in die Tourismuskonzeption des Landes Berlins, die Angebote der Stadt räumlich breiter aufzustellen. Allerdings stehe der Standort "in Konkurrenz" mit weiteren nationalen und international relevanten Erinnerungsorten (z.B. Mauergedenkstätte, Topografie des Terrors) in Berlin. Ein Ort nur für Historiker (Archivzentrum) allein reiche nicht. Die Themen müssen vielmehr in die Gegenwart geholt und verankert werden.

Fazit

Deutlich wurde, dass – wie auch die gezeigten Beispiele aufzeigen – man sowohl groß denken, als auch klein anfangen muss und Veränderungen Zeit brauchen, um die umfangreichen Aufgaben der kommenden Jahre gemeinsam zu bewältigen. Katrin Lompscher verweist darauf, dass zunächst ganz pragmatische Dinge zu bewältigen sind, wie z.B. die öffentliche Verkehrserschließung und damit die Neuformulierung der Grundstücksgrenzen. Klaus Lederer bemängelt die fehlenden finanziellen bzw. engen Ressourcen im Berliner Haushalt. Für deren Verwendung müssen Prioritäten gesetzt werden. Dabei beklagt er, dass wesentliche Bestandteile des Ensembles durch die Bahn vor 10 Jahren stark unter Wert verkauft wurden und das Land Berlin diesen eklatanten Fehler nicht mit eigenen Mitteln rückgängig machen kann. Grundsätzlich stehe seine Verwaltung als Partner zur Verfügung, die bei entsprechenden Entscheidungen ihre einzigen im Block vorhandenen landeseigenen Flächen dem Bau des Archivzentrums zur Verfügung stellen würde.

Filmprojekt

Ein im Rahmen der Standortkonferenz durch die Berliner Künstlerin Lale Willan umgesetztes Filmprojekt fragt nach den Wünschen und Erwartungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an die Idee eines zukünftigen "Campus für Demokratie". Dabei wird deutlich, dass der Ort gerade bei jüngeren Menschen nur wenig bekannt ist. Eine Aufgabe wird darin bestehen, die Campusidee und den konkreten Standort auch im Hinblick auf seine mögliche Funktion als öffentlichen Raum des demokratischen Miteinanders stärker ins Bewusstsein der jungen Generation zu holen. Ein spezifisches, auf eine junge Zielgruppe zugeschnittenes und durch das Standortmanagement unterstütztes Veranstaltungsformat soll sich diesem Aspekt der Campusentwicklung widmen.

Mehr Informationen zum Filmprojekt finden sich hier https://www.youtube.com/watch?v=2jKY-iSvK68M&feature=youtu.be.

Anhang

Ausstellung zum Campus

Präsentation Standortmanagement

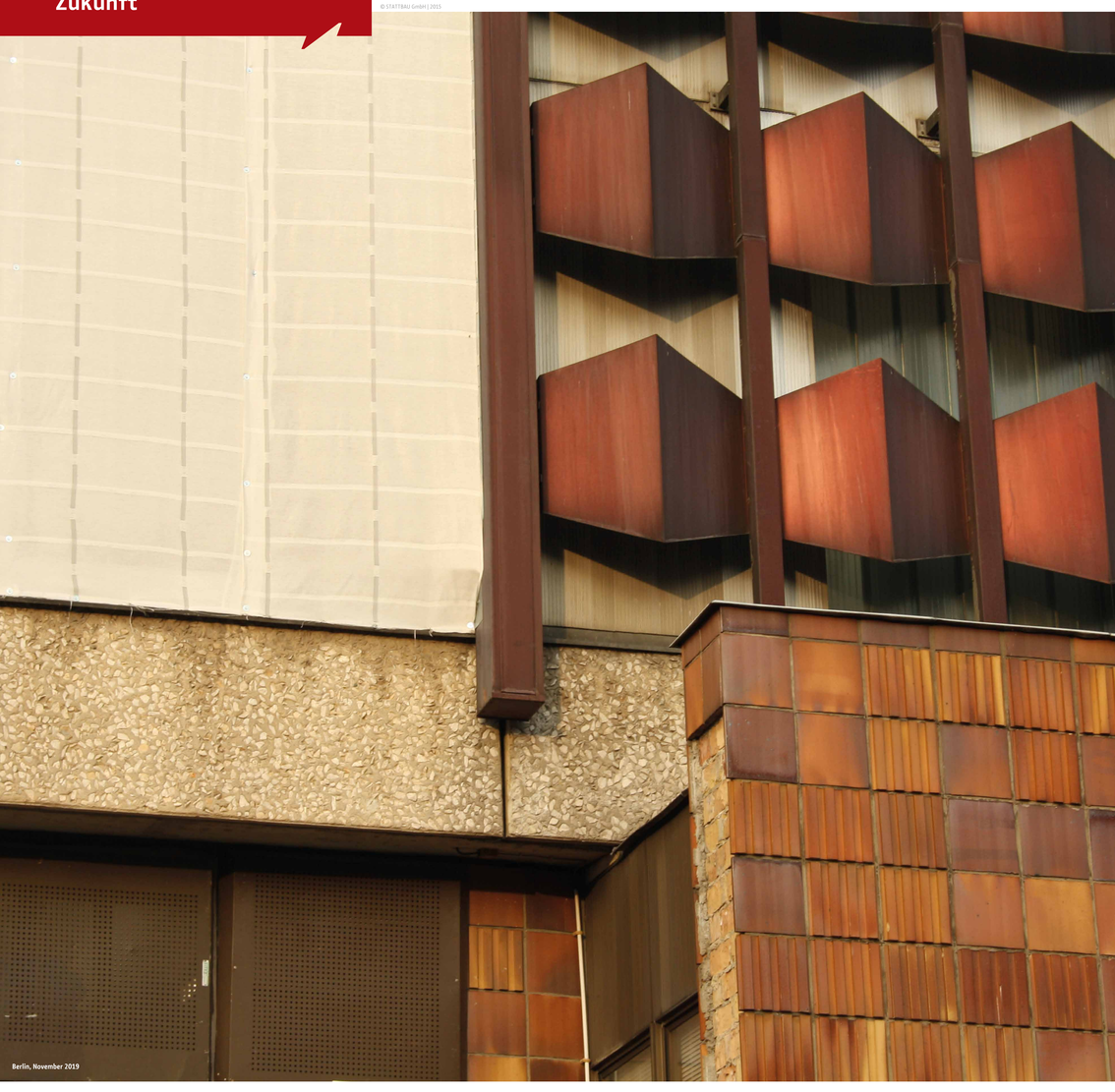
Standortentwicklung
Von der Stasi-Zentrale zum Campus für Demokratie

Der Block mit dem Gebäudekomplex des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) in Berlin-Lichtenberg ist ein wichtiger Ort für die Entwicklung des Stadtumbau- und Sanierungsgebiets Frankfurter Allee Nord. Als Ort der Täter*innen entfaltet er sowohl eine lokale wie internationale zeitgeschichtliche Bedeutung.

Mit den schon bestehenden und weiteren geplanten Angeboten soll in den kommenden Jahren ein „Campus für Demokratie“ als Archiv-, Forschungs-, Bildungs- und Lernort über Repression, Revolution und Aufklärung entstehen.
Hierzu sind vielfältige Planungsprozesse und Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung aller Eigentümer und der interessierten Öffentlichkeit notwendig.

Zukunft

© STATTBAU GmbH | 2015



Berlin, November 2019

MfS - räumliche Expansion 1950-1989
Historische Entwicklung

Ansiedlung des MfS

Anfang der 1950er Jahre zeigt sich der Baublock des späteren MfS-Areals als **heterogene Baufläche** mit Gewerbebauten, Kleingärten und Wohnbauten. Finanzamt, Glaubenskirche und Gerichtsgebäude am Roedeliusplatz zeugen von den Planungen für ein Stadtbezirkszentrum.

Als **Nachfolge der sowjetischen Militäradministration** in den Gebäuden des Finanzamtes begann ab 1950 der systematische Ausbau des Geländes als Standort für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Das Finanzamt wurde um ein Geschoss aufgestockt und durch den Neubau des südlichen Flügels geschlossen.

© STATTBAU GmbH

Ansiedlung des MfS | Anfang der 50er Jahre

© BSIU, MfS, SdM, Fo 196, Bild 14

Sprengung der Müllerstraße

Bauliche Expansion

Mit der Errichtung von **Haus 1 als Sitz des Ministers** 1961/62 wurden sukzessive die Wohnbauten in der Magdalenenstraße durch das MfS besetzt. Es wurden zahlreiche Vorkriegsbauten, darunter Wohnbauten von Bruno Taut und eine Kirche, abgerissen und Straßen überbaut oder als Parkplatz umgenutzt.
Entlang der Ruschestraße/Frankfurter Allee entstanden in den 1970er Jahren **13-Geschosser**, welche noch heute das Areal von der Umgebung abschirmen. Der **Versorgungstrakt** von 1980 beendete die bauliche Entwicklung des Blocks, während das MfS weiter in die umliegenden Blöcke expandierte.

© STATTBAU GmbH

Bauliche Expansion | 1968

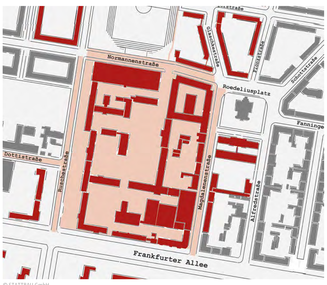
© BSIU, MfS, ZAIG, Fo 598, Bild 42

Ruschestraße vor der Erbauung der 13-Geschosser

Stadt in der Stadt

Im Verlauf von 40 Jahren entwickelte sich ein umfangreicher Komplex von Gebäuden des MfS. Die **stetige Erweiterung des Areals** mit langen Hochhäusern. Die Sperrung mehrerer Straßen und die Ausstattung mit Einrichtungen zur Nahversorgung, einem Ärztehaus und einer unabhängigen Energieversorgung führten dazu, dass der Block zu einer Stadt in der Stadt wurde.

Mit der **Erstürmung** der MfS-Zentrale im Jahre 1990 wurde das Areal wieder öffentlich zugänglich. Allerdings wird der Block aufgrund des hohen Leerstandes und der städtebaulichen Struktur bis heute als ein Fremdkörper im Stadtgefüge wahrgenommen.



© STATTBAU GmbH

MfS-Zentrale mit Sperrgebiet | 1989

© BSIU, MfS, BdL, Fo 82, Bild 754

Haupttor vor der Erstürmung am 15. Januar 1990

© BSIU, MfS, HA II, Fo 32, Bild 13

Campus für Demokratie
Aktuelle politische Rahmenbedingungen

Im Jahr 2012 ist die Idee für einen „Campus für Demokratie“ durch den Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) erstmals der Öffentlichkeit präsentiert worden.

Mit der Funktion als Zentrum des repressiven inländischen Unterdrückungsapparats sowie der Auslandsspionage und der Art der Ansiedlung – dem Raumgreifen in die Stadt ohne öffentliche und demokratische Legitimation – ist der frühere Ministeriumsstandort das gebaute Abbild eines autoritären Systems.

Beschlüsse des Deutschen Bundestages und des Berliner Abgeordnetenhauses bestätigen und konkretisieren die Absicht, einen „Campus für Demokratie“ zu schaffen.

» Erinnerungskultur erlebbar machen

... Für eine neue Gedenkkultur suchen wir den Dialog mit Opfergruppen, stärken das Thema in der politischen Bildung und werden die Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Gedenkort für Demokratie unterstützen.

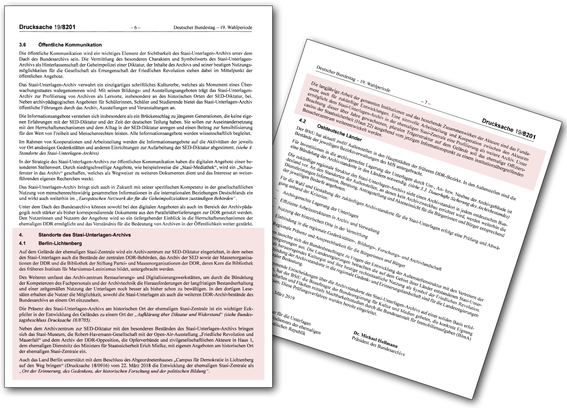
... Die Koalition begrüßt die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in der Normannenstraße zu einem Campus für Demokratie. «

Auszüge aus der Koalitionsvereinbarung des Senats von Berlin für die Legislaturperiode 2016-2021

© BStU / Rosenthal | 2014

Haus 1 | Kunst am Bau

Gegenstand des Bundestagsbeschlusses vom 26.9.2019



Druckssache 19/8201 – 6 – Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode

3.6 Öffentliche Kommunikation

Die öffentliche Kommunikation wird ein wichtiges Element der Sichtbarkeit des Stasi-Unterlagen-Archivs unter dem Dach des Bundesarchivs sein. Die Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts des Stasi-Unterlagen-Archivs als Hinterlassenschaft der Geheimpolizei einer Diktatur, der Inhalte des Archivs und seiner bestätigen Nutzungen wird zur Stärkung der Gesellschaft als Errungenschaft der friedlichen Revolution ziehen dabei im Mittelpunkt der öffentlichen Angebote.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv verwahrt ein einzigartiges schriftliches Kulturerbe, welches als Monument eines Überwachungsstaates wahrgenommen wird. Mit seinen Bildungs- und Ausstellungsangeboten trägt das Stasi-Unterlagen-Archiv zur Profilierung von Archiven als Lernorte, insbesondere an den historischen Orten der SED-Diktatur, bei. Neben archivpädagogischen Angeboten für Schülerinnen, Schüler und Studierende bietet das Stasi-Unterlagen-Archiv öffentliche Führungen durch das Archiv, Ausstellungen und Veranstaltungen an.

Die Informationsangebote verstehen sich insbesondere als ein Brückenschlag zu jüngeren Generationen, die keine eigenen Erfahrungen mit der SED-Diktatur und der Zeit der deutschen Teilung haben. Sie wollen zur Auseinandersetzung mit der Geschichte der Diktatur beitragen und zur Zeit der deutschen Teilung, sowie zur Bedeutung der Bürgerrechte für den Wert von Freiheit und Menschenrechten keinen. Alle Informationsangebote werden wissenschaftlich begleitet.

Im Rahmen von Kooperationen und Arbeitstreffen werden die Informationsangebote auf die Aktivitäten der jeweils vor Ort anskeigen Gedenkstätten und anderen Einrichtungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur abgestimmt. *(siehe 4 Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs)*

In der Strategie des Stasi-Unterlagen-Archivs zur öffentlichen Kommunikation haben die digitalen Angebote einen besonderen Stellenwert. Durch niedrigschwellige Angebote, wie beispielsweise die „Stasi-Mediathek“, wird ein „Schaufenster in das Archiv“ geschaffen, welches als Wegweiser zu weiteren Dokumenten dient und das Interesse an weiterführenden eigenen Recherchen weckt.

Das Stasi-Unterlagen-Archiv bringt sich auch in Zukunft mit seiner spezifischen Kompetenz in der gesellschaftlichen Nutzung von menschenrechtsverletzende gesammelten Informationen in die internationalen Beziehungen Deutschlands ein und wirkt auch weiterhin im *„Europäischen Netzwerk für die Gedenkstätten zuständigen Behörden“*.

Unter dem Dach des Bundesarchivs können sowohl bei den digitalen Angeboten als auch im Bereich der Archivpädagogik Synergien genutzt werden. Die Kooperationsmöglichkeiten mit den Gedenkstätten können ausgebaut werden. Das Vorzeitnimm und Nutzen der Angebote wird so ein zeitgemäßer Einblick in die Herrschaftsarchitektonien der ehemaligen DDR ermöglicht und das Verständnis für die Bedeutung von Archiven in der Öffentlichkeit weiter gestärkt.

4. Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs

4.1 Berlin-Lichtenberg

Auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-Zentrale wird ein Archiv-zentrum zur SED-Diktatur eingerichtet, in dem neben den Stasi-Unterlagen auch die Bestände der zentralen DDR-Behörden, das Archiv der SED sowie der Massenorganisationen der DDR und die Bibliothek der Stiftung Partei- und Massenorganisationen der DDR, deren Kern die Bibliothek des Führenen Institute für Marxismus-Leninismus bildet, untergebracht werden.

Das Weiteren umfasst das Archiv-zentrum Restaurierungs- und Digitalisierungswerkstätten, um durch die Bündelung der Kompetenzen in Bereich Archiv- und der Archivtechnik die Erhaltsvoraussetzungen der langfristigen Bestandserhaltung und einer integrierten Nutzung der Stasi-Unterlagen noch besser als bisher schon zu bewältigen. In den dortigen Lesesälen erhalten die Nutzer die Möglichkeit, sowohl die Stasi-Unterlagen als auch die weiteren DDR-Archivbestände des Bundesarchivs an einem Ort einzusehen.

Die Präsenz des Stasi-Unterlagen-Archivs am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Entwicklung des Geländes zu einem Ort der *„Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ (siehe Bundesregierbeschluss Drucksache 18/8783)*.

Neben dem Archivzentrum zur SED-Diktatur mit den besonderen Beständen des Stasi-Unterlagen-Archivs bringen sich das Stasi-Museum, die Robert-Havemann-Gesellschaft mit der Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution und Mauerfall“ und dem Archiv der DDR-Opposition, die Opferverbände und zivilgesellschaftlichen Akteure in Haus 1, dem ehemaligen Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke, mit eigenen Angeboten am historischen Ort der ehemaligen Stasi-Zentrale ein.

Auch das Land Berlin unterstützt mit dem Beschluss des Abgeordnetenhauses „Campus für Demokratie in Lichtenberg *„Auf dem Weg bringen“ (Drucksache 18/0 816 vom 22. März 2018 die Entwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale als „Ort der Erinnerung, der Gedenkens, der historischen Forschung und der politischen Bildung“.*

Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode – 7 – Drucksache 19/8201

4.2 Ostdeutsche Länder

Das BStU-Gesetz sieht vor, dass Informationen in den Hauptstädten der früheren DDR-Bezirke, in den Außenstellen und die Ausstellungen und Bildungsangebote des Stasi-Unterlagen-Archivs sowie zu Ausstellungen und Bildungsangeboten der Gedenkstätten und die Bestände der

Campus für Demokratie
Integrativer Entwicklungsprozess

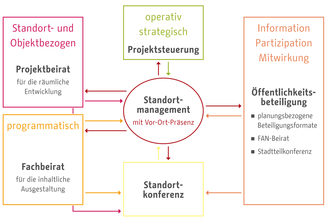
Standortmanagement

Das Standortmanagement konzipiert und koordiniert im Auftrag des Landes Berlin die laufenden Planungs- und Beteiligungsprozesse für den Campus für Demokratie.

Kontakt:

E-Mail: standortmanagement-campus@planergemeinschaft.de

Telefon: 030 885 914 31



Beteiligungsstrukturen

© Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG | 2015

Team des Standortmanagements: v.l.n.r.: Thomas Krahl, Dirk Maier, Dirk Spender, Udo Dittfurth

Beteiligungsstrukturen:

Zwei Beiräte geben dem Standortmanagement wesentliche Empfehlungen für die Koordinierung der planerischen Absichten auf dem Gesamtareal.

Projektbeirat

Der Projektbeirat versteht sich als Informations- und Resonanzgremium für die räumliche Entwicklung des ehemaligen MfS-Areals in Lichtenberg. In ihm sind alle Eigentümer*innen und die zuständigen Institutionen des Bundes, des Landes und des Bezirkes vertreten.

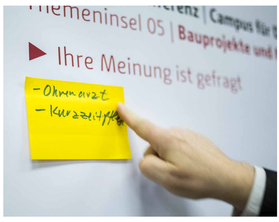
Fachbeirat

Der Fachbeirat beschäftigt sich mit der fachlich-inhaltlichen Qualifizierung des „Campus für Demokratie“ sowie den damit zusammenhängenden Fragen der organisatorischen Struktur.

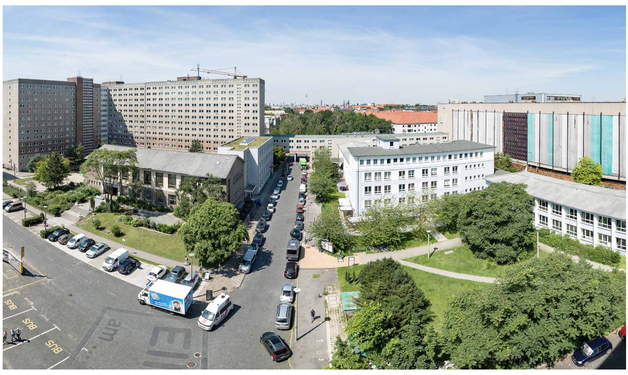
Standortkonferenzen

Hier werden regelmäßig und öffentlich alle Eigentümer*innen, Nutzenden, die Betroffenen des Stadtumbaugebietes und alle an der Entwicklung des Raumes Interessierten in den Planungsprozess einbezogen. Es findet eine enge Abstimmung mit den Beteiligungsformaten des Stadtumbaugebietes statt.

© photothekberlin



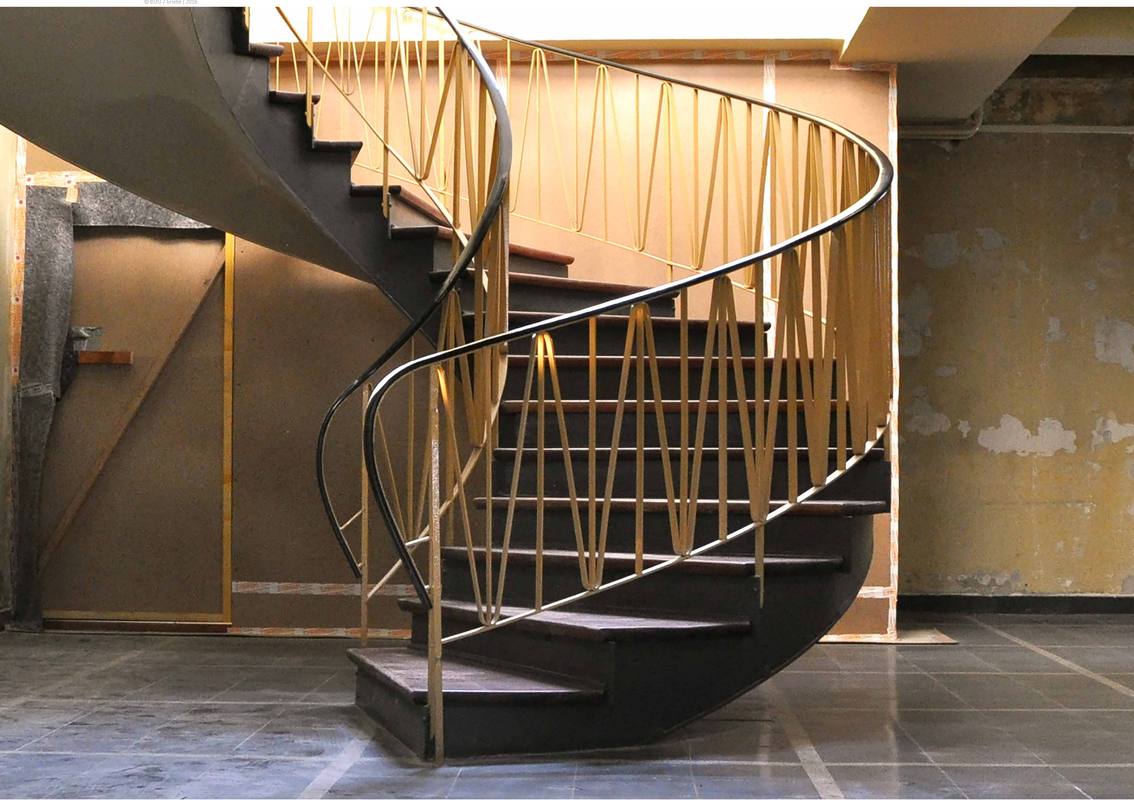
Bilder der 3. Standortkonferenz



© Christian Muhrbeck | 2017

Panorama Hof E mit Haus 22 links im Vordergrund und Ärztehaus Haus 18 rechts

© BSIU / Grube | 2016



Campus für Demokratie
Fortschreibung der Sanierungsziele I

Sachstand

Seit der letzten Konkretisierung der Sanierungsziele 2013 besteht im Block des ehem. Ministeriums für Staatssicherheit der DDR weiterhin Handlungsbedarf. Wesentliche Teile der unsanierten Bausubstanz stehen noch immer leer. Die Neugestaltung des Freiraumes ist nicht erfolgt, eine Grundstücksneuordnung fand bisher nicht statt.
Die verkehrliche, infrastrukturelle und ökologische Situation ist zu verbessern.

Im Rahmen der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes ISEK für das Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord werden deshalb die Sanierungsziele aktualisiert bzw. fortgeschrieben. Dieser Prozess soll im 2. Quartal 2020 abgeschlossen werden. Damit liegen dann aktuelle Beurteilungsgrundlagen für städtebauliche Einzelprojekte vor. Zugleich soll damit eine Verlängerung der förmlichen Festlegung als Sanierungsgebiet über das Jahr 2021 hinaus geprüft werden.

Ziele (Entwurf)

Leitbild

Das von Bund und Land Berlin getragene Leitbild des „Campus für Demokratie“ ist die Grundlage für die Entwicklung des Blockes. Öffentliche und private Planungen und Projekte sollen mit dem Entwicklungskonzept abgestimmt werden.

Nutzungsvielfalt

Die Entwicklung des Standortes zu einem lebendigen urbanen Teil der Stadt beinhaltet den Wunsch nach einer vielfältigen Nutzungsstruktur.

Im Kern stehen die bestehenden (und zu erweiternden) Angebote und Liegenschaften des Bundes mit den weiter zu entwickelnden Angeboten zu Diktatur und Widerstand, zu Aufklärung, Forschung und Bildung.

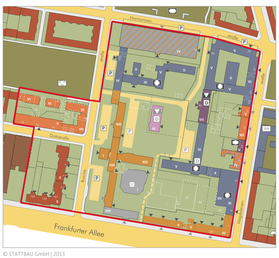
Auch zivilgesellschaftliche und private Nutzungen sollen zur Vielfalt und gesellschaftlichen Rückgewinnung des Blockes beitragen und ihn wieder zur Stadt hin öffnen.

Eine wichtige Grundlage ist der Beschluss des Deutschen Bundestages vom 29. September 2019, den jetzigen Standort der BStU unter dem Dach des Bundesarchivs mit Archiv-, Forschungs-, Bildungs- und Restaurierungseinrichtungen umfangreich zu ergänzen. Aus vielfältigen Beständen (BStU, SAPMO, Treuhand, Wismut AG...) kann hier ein zentrales Archiv der DDR-Geschichte entstehen.

Der Aufbau eines Forums zu Opposition und Widerstand in der DDR 1945/1949-1989 ist ein weiteres Planungsziel zur Ausformulierung der Campus-Idee.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht bei der lokalen Versorgung mit Gemeinbedarf wie z.B. Jugendfreizeiteinrichtungen.

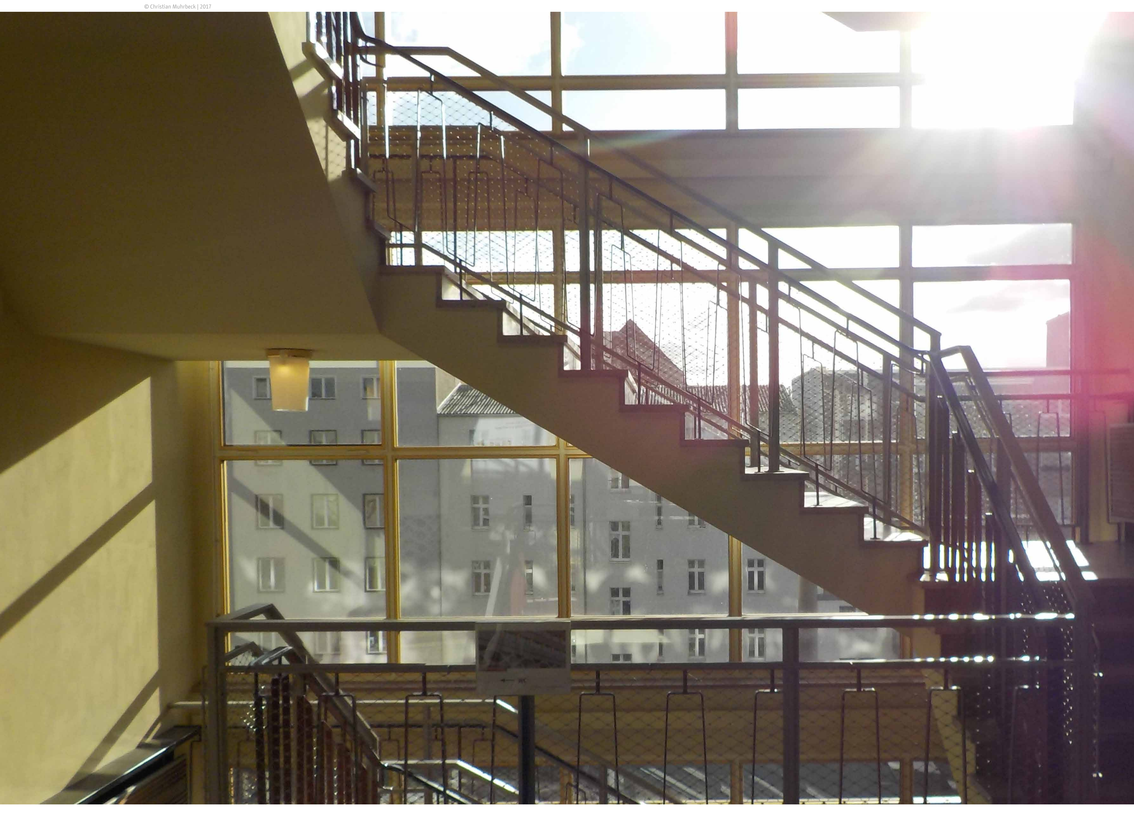
Für den weiteren Bereich des Blockes (Häuser 15 und 16) sind Kultur-/Kreativangebote, Gewerbenutzungen bzw. gesundheitsorientierte Einrichtungen vorgesehen. Die bereits bestehenden Wohnnutzungen an der Magdalenenstraße sind zu erhalten und durch adäquate Freiflächengestaltungen zu qualifizieren.



© STATTBAU GmbH | 2013

Sanierungsrahmenplan 2013

© Christian Muhlbeck | 2012



Campus für Demokratie
Fortschreibung der Sanierungsziele II

Ziele (Entwurf)

Städtebau und Denkmalschutz
Der Block ist baulich, gestalterisch und funktional so zu gestalten, dass die Integrität seiner Denkmale nicht beeinträchtigt wirdw. Die Entwicklung und Wiedernutzung vorhandener Bausubstanz stehen im Vordergrund.

Bei umfassenden Planungen, z.B. für das Archivzentrum, soll so viel wie möglich von der historischen Bausubstanz erhalten bleiben.
Wenn als Ergebnis eines umfassenden städtebaulichen Planungsverfahrens und der Abwägung deutlich wird, dass die funktionalen, wirtschaftlichen oder städtebaulichen Gesichtspunkte eine Weiternutzung nicht möglich machen, sind Qualitätsanforderungen an eine Neubebauung zu stellen.

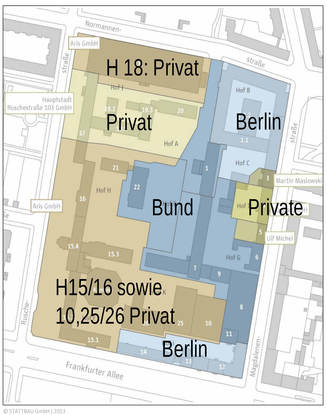
Freiraum/Umwelt/Ökologie
Ökologische Ziele sind integraler Bestandteil der Campus-Entwicklung.

Bei Umbau und Neubau sollen Ansatzpunkte für innovativ-ökologische Konzepte mit Vorbildcharakter genutzt werden.

Verkehrliche Anforderungen
Der Block soll für Fußgänger und Radfahrer sicher und attraktiv durchquerbar sein.

Mit Ausnahme der erforderlichen Stellplätze für Menschen mit Behinderung und der notwendigen Rettungs- sowie Anlieferungs- und Entsorgungsflächen ist der Block vom KFZ-Verkehr freizuhalten. Entlang der Ruschestraße sind die bestehenden PKW-Stellplätze zu sanieren bzw. auszubauen.

Grundstücksneuordnung
Die beschriebenen inhaltlichen städtebaulich-funktionalen Ziele machen in Teilbereichen eine Grundstücksneuordnung erforderlich.

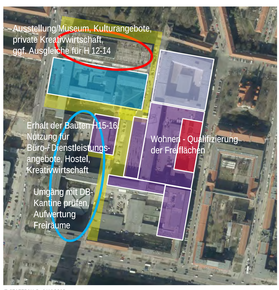


© STATTBAU GmbH | 2013

Eigentümerstruktur November 2019

© STATTBAU GmbH | 2013

Überlegungen zu den Nutzungszielen für öffentliche Flächen



© STATTBAU GmbH | 2013

Überlegungen zu den Nutzungszielen für private Flächen

© Christian Muhrbeck | 2012

Campus für Demokratie
Sanierungsziele - Weitere Verfahrensschritte

Zur Qualifizierung der städtebaulich-funktionalen Entwicklungsziele sind weitere Grundlagen zu erarbeiten und Verfahren durchzuführen:

Ökologisch-stadtklimatisch-energetisches Konzept für den Block

» Konkretisierung des Raumbedarfs für den Archivneubau des Bundesarchivs

» Konkurrierendes städtebaulich-architektonisches Planungsverfahren für den Neubau des Archivzentrums; hierbei: Entwicklung stadtklimatisch-energetisch innovativer Lösungen

» Nutzungs- und Sanierungskonzept für Haus 18; Entwicklung stadtklimatisch-energetisch innovativer Lösungen; Entwicklung eines Betreibermodells

» Verkehrskonzept im Kontext des Stadtumbaugebietes, Vorschläge zur verkehrlichen Neuordnung im Block und im Umfeld

» Planungsverfahren für den Teilblock mit den Gebäuden 15 und 16

» Verkehrs- und Tiefbauplanungen, Schaffung von öffentlichen Erschließungswegen im Inneren des Blocks

» ggf. weitere Untersuchungen zu Altlasten, stadttechnischer Erschließung/ Neuordnungsbedarf, Baugrunduntersuchungen (Bund und Berlin)

Zur dauerhaften Sicherung der Sanierungsziele ist der Bebauungsplan 11-80 fortzuführen.

Es sind Grundstücksneuordnungen und Erwerbe/Verkäufe erforderlich.

Die Öffentlichkeit ist bei der Entwicklung des Standortes einzubeziehen, um Belange einbringen und möglichst aktiv am Gestaltungsprozess mitwirken zu können.

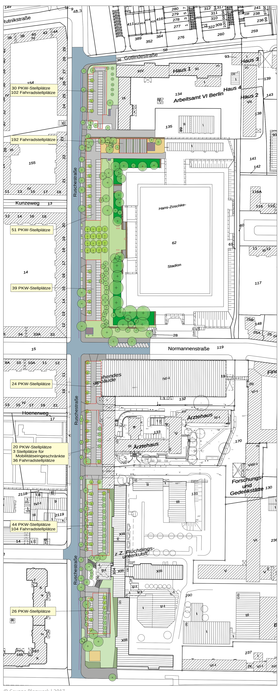
Ziel ist es, diese Schritte in den Jahren 2020 und 2021 durchzuführen.

© Planergemeinschaft für Stadt und Raum eG | 2019

Aktuelle Stellplatzsituation im Block

© STATTBAU GmbH | 2016

Das Leitsystem soll erneuert und umfassend ergänzt werden.



© Gruppe Planwerk | 2017

Vorliegende verkehrsplanerische Ziele sollen im Kontext des Stadtumbaugebietes bewertet und ggf. fortgeschrieben werden.

© Christian Muhrbeck | 2017

ARBEITSSTAND

Campus für Demokratie
Bauhistorische Untersuchung

Untersuchungsansatz

Im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen wird von August 2019 bis Februar 2020 der bauliche Bestand des ehem. MfS-Areals auf seine bauhistorische und baukulturelle Bedeutung untersucht. Diese bauhistorische Untersuchung ergänzt die vorliegenden Ergebnisse der zeit- und ereignisgeschichtlichen Forschung um Aussagen zu baulich-räumlichen Fragestellungen.

Die Untersuchung erfolgt auf verschiedenen Maßstabsebenen:

» Architekturdetail/Freiraumdetail
» Gebäude/Freiflächen
» Städtebauliches Gefüge/Raumbildung/Freiraum
» Stadtquartier/Quartierszusammenhang
» Wahrnehmung als überörtlicher Lern- und Erinnerungsort

Zunächst wird der heute vorhandene Bestand an Gebäuden und Freiflächen auf diesen unterschiedlichen Maßstabsebenen erfasst und in Bezug zum Stadtraum, zu seinen Funktionszusammenhängen und zur Ereignisgeschichte gesetzt.

Eingeordnet werden dabei Spuren der Nutzung des Areals durch das MfS seit 1950, frühere noch auffindbare Spuren der Stadtentwicklung und die baulich-räumlichen Veränderungen der letzten 30 Jahre bis zur Gegenwart. Diese Spuren können Anhaltspunkte für Planungsentscheidungen der weiteren Entwicklung des Standortes liefern.

Baukulturelle Qualität im Detail – bei fehlendem städtebaulichen Gesamtkonzept

Im Untersuchungsgebiet gibt es zwei Denkmalbestände:

» die denkmalgeschützte Gesamtanlage „Dienstkomplex der Zentrale des MfS“ (Haus 1, 7, 22 sowie der dazwischen liegende Freiraum);
» den Denkmalbereich „Rodeliusplatz“.

Über diesen Bestand hinaus gibt es baukulturelle Qualitäten und bauhistorisch relevante Zeugnisse. Vor allem Architektur- und Gestaltungsdetails sowie die Auswahl hochwertiger Materialien lassen das an vielen Punkten im Gebiet erkennen.

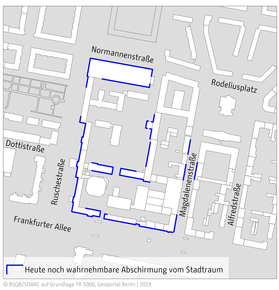
Es mangelt jedoch noch an einem städtebaulichen Gesamtkonzept und konkreten Nutzungszielen für viele Bauten.

© BSDB/SDARC | 2019

Gestörtes städtebauliches Gefüge, fehlender Bezug zum Straßenraum

© BSDB/SDARC auf Grundlage TK 5000, Geoportal Berlin | 2019

Baudenkmale und Denkmalbereich Rodeliusplatz, Stand September 2019



© BSDB/SDARC, auf Grundlage TK 5000, Geoportal Berlin | 2019

Heute noch wahrnehmbarer abgeschirmter Charakter des Areals, Stand September 2019

© Planergemeinschaft | 2019

ARBEITSSTAND

Campus für Demokratie
Bauhistorische Untersuchung

Bedachtsame Veränderungen im historischen Kontext

Der beabsichtigte Transformationsprozess zum Campus für Demokratie intendiert Veränderungen im Bestand und durch Neubauten.

Für Entscheidungen der künftigen Entwicklung des Areals liefert die Untersuchung Anhaltspunkte:

» In welcher Form, in welchem Umfang und wo sind Eingriffe möglich?
» Wie verändert sich damit der Charakter des Areals?
» Wie können dabei neue Qualitäten entstehen?

Hilfreich dafür ist ein Gesamtrahmen, der einerseits die bauhistorische/baukulturelle Sicht in den Blick nimmt, andererseits mit städtebaulichen Setzungen einen Handlungsrahmen für die Einordnung von Einzelmaßnahmen schafft. Geeignete Maßstäblichkeit und baukulturelle Verankerung sind Stichworte für einen solchen Rahmen. Bei der Feststellung der Sanierungsziele werden die Untersuchungsergebnisse berücksichtigt.

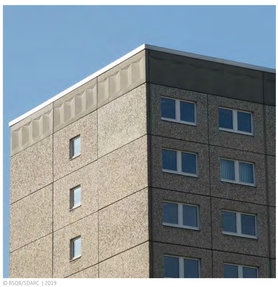
Einladung zum Dialog

Chancen und Möglichkeiten des Areals können nur im Dialog entwickelt werden. Arbeitsstände und Ergebnisse der Untersuchung werden deshalb in öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt.

Bearbeitung und Ansprechpartner*innen der Untersuchung:

Seipelt Dluzniewski Architekten,
Marie Josée Seipelt
030 2978 4604

BSQB | Büro für Stadt, Quartier und Beteiligung
Eckhard Hasler
030 2978 4504



© BSQB/SDARC | 2019

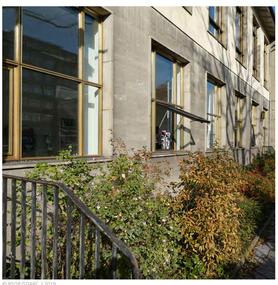
Besondere Gestaltungselemente: Betonwerkstein als Attika des Hauses 15.3

© Planergemeinschaft | 2019

Frühere Wohnhäuser wurden durch das MfS als Diensträume in Anspruch genommen. Vergitterte Fenster und „unechte" Hauseingänge zeigen die Abschirmung des Geländes nach außen.

© BSQB/SDARC | 2019

Abschirmung nach innen und außen: Haus 18 zur Normannenstraße ohne Bezug zum Stadtraum (Fotostandpunkt auf dem nördlichen Gehweg)



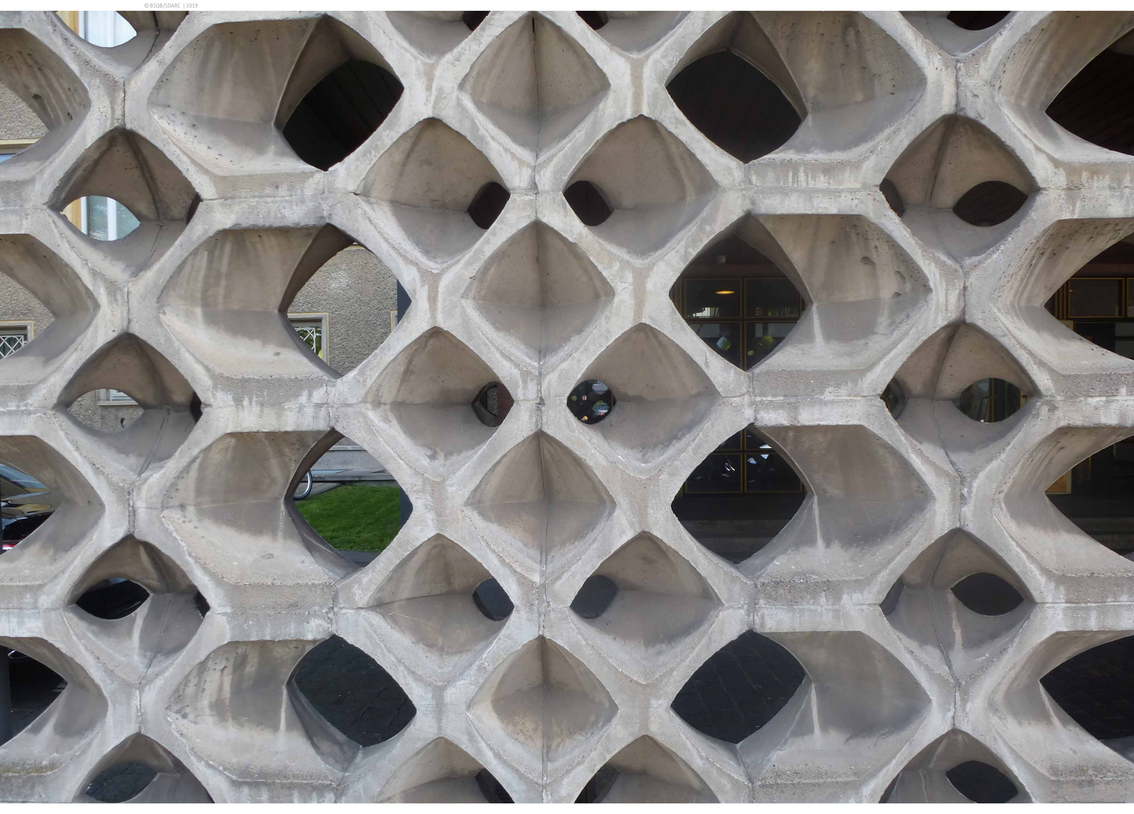
© BSQB/SDARC | 2019

Neben der guten, zeitgenössischen Architektur einiger Gebäude lassen auch hochwertige Materialien einen besonderen Gestaltungsanspruch erkennen (Werksteinfassade Haus 22).

© BSQB/SDARC | 2019

Gestalterisch und städtebaulich sorgfältig konzipierte Ecke am nördlichen Eingang der Gebäude 15.3/15.4

© BSQB/SDARC | 2019



Planergemeinschaft

Campus für Demokratie

Auf dem Weg zum Gesamtkonzept

Städtebauliche Ziele des Landes Berlin

November 2019

Schritte zum Gesamtkonzept

Das Gesamtkonzept für den Campus umfasst

- städtebaulich-freiraumplanerische Ziele
- Konkrete Nutzungsvorstellungen auf dem Campus und Einbettung in das Umfeld
- Betreiberkonzepte

und erfordert die Mitwirkung aller Akteure

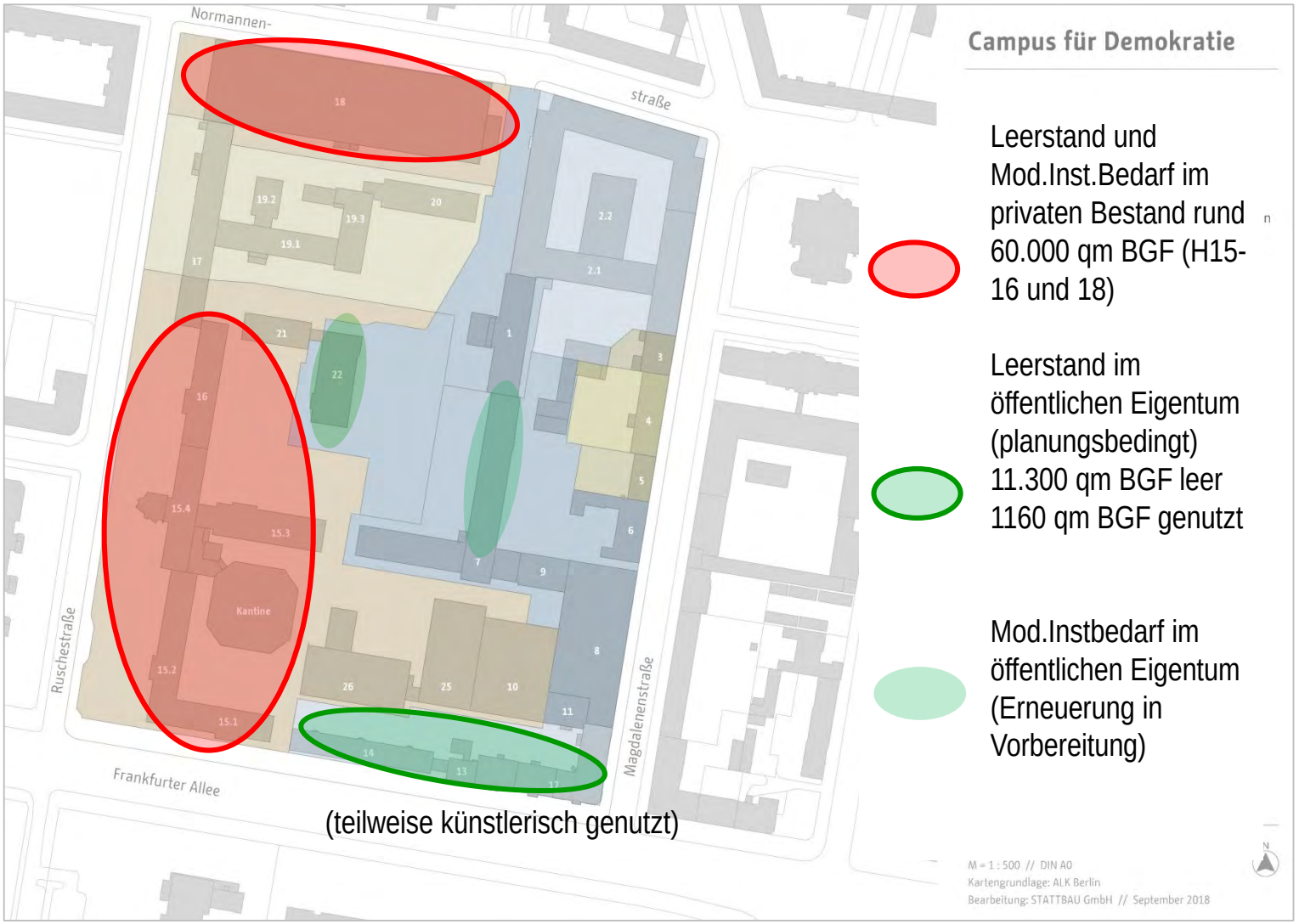
Ein wichtiger Baustein ist die in Arbeit befindliche Fortschreibung der Sanierungsziele als Rahmen für weitere detaillierte Abstimmungen.

Der Rahmen: Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord

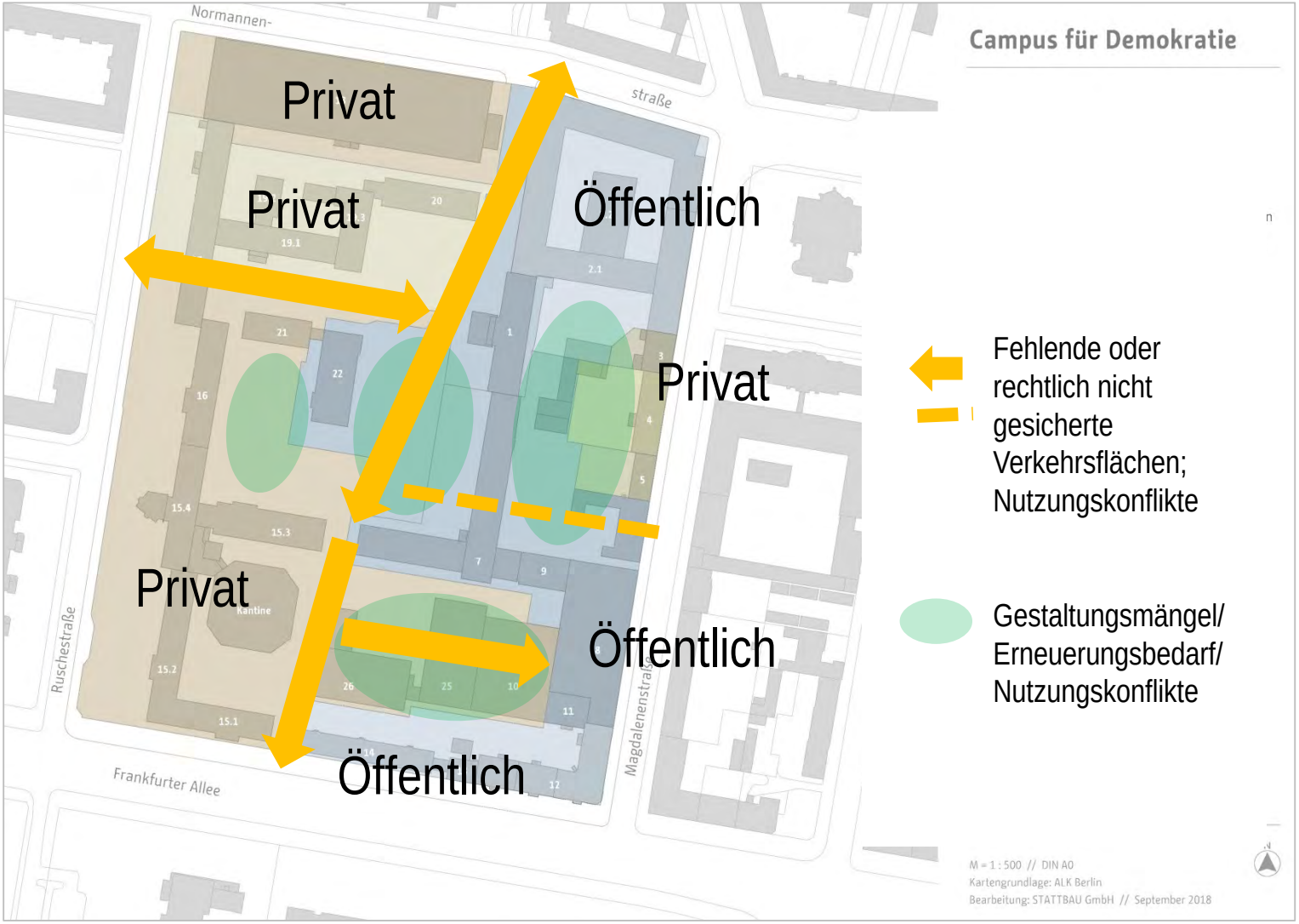
Das Stadtumbaugebiet Frankfurter Allee Nord befindet sich am östlichen Rand der Berliner Innenstadt, circa vier Kilometer vom Alexanderplatz entfernt. Es wird begrenzt von der Frankfurter Allee im Süden, der Möllendorffstraße im Westen, von Rutnik- und Gotlindestraße (einschließlich des Friedhofs) im Norden und den Gleisen der aufgegebenen Industriebahn, dem Zentralfriedhof sowie der Bahntrasse im Osten.

Stadtumbaugebiet mit Sanierungsgebiet und Denkmalen

Herausforderungen: Leerstand und Mod.Instbedarf



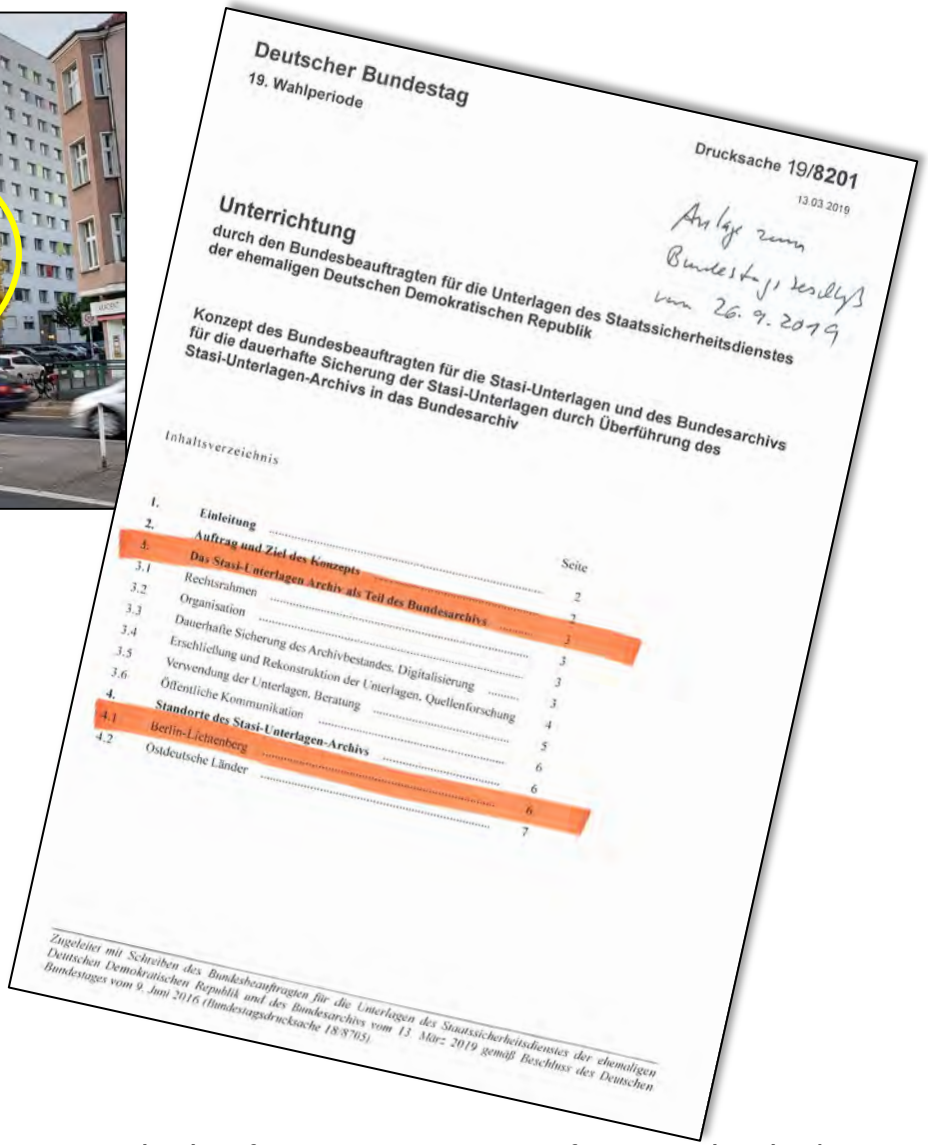
Herausforderungen: Freiraum, Erschließung, Eigentum



Herausforderung - Planungen nicht ausreichend

Häuser 15/16 sowie 18: Entwicklungsabsichten des Eigentümers noch unklar; gegenwärtiger Zustand und Nutzung sind nicht nachhaltig.

Herausforderung - Planungen nicht ausreichend



Deutscher Bundestag
19. Wahlperiode

Drucksache 19/8201
13.03.2019

Anlage zum Bundestagsbeschluß vom 26.9.2019

Unterrichtung
durch den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Konzept des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Einleitung	2
2.	Auftrag und Ziel des Konzepts	2
3.	Das Stasi-Unterlagen-Archiv als Teil des Bundesarchivs	3
3.1	Rechtsrahmen	3
3.2	Organisation	3
3.3	Dauerhafte Sicherung des Archivbestandes, Digitalisierung	3
3.4	Erschließung und Rekonstruktion der Unterlagen, Quellenforschung	4
3.5	Verwendung der Unterlagen, Beratung	5
3.6	Öffentliche Kommunikation	6
4.	Standorte des Stasi-Unterlagen-Archivs	6
4.1	Berlin-Lichtenberg	6
4.2	Ostdeutsche Länder	7

Zugeleitet mit Schreiben des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik und des Bundesarchives vom 13. März 2019 gemäß Beschluss des Deutschen Bundestages vom 9. Juni 2016 (Bundestagsdrucksache 18/8705).

Planung Erweiterung für das Bundesarchiv:

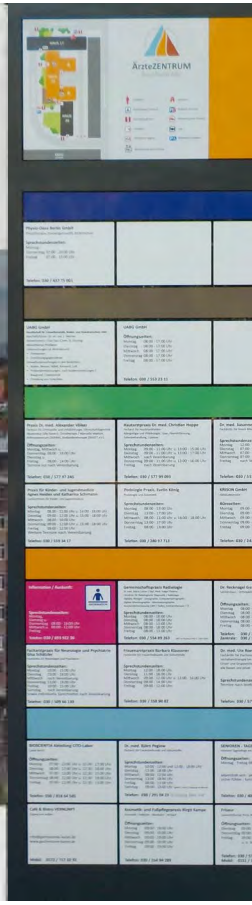
- Grundsatzbeschluss des Bundestages
- am 26.9.2019 getroffen
- Finanzierung noch zu sichern,
- Bedarfs- und Raumprogramm zu präzisieren
- Flächenerwerb erforderlich,
- Planungsverfahren für städtebauliche Einordnung durchzuführen

Sanierungsziele - Herangehensweise

- Als Rahmen für die weitere Entwicklung werden die Sanierungsziele fortgeschrieben - als Genehmigungs- und Planungsgrundlage nach § 144 BauGB.

- Für die unterschiedlichen Teilbereiche des Blockes sind weitere Planungen und -Verfahren mit den unterschiedlichen Akteuren erforderlich.

Nutzung: Campus, ergänzt um einen verträglichen Mix



Städtebau: Weiterentwicklung des Bestandes

Freiraum/Umwelt: Entsiegelung; ökologische Erneuerung

Verkehr: Freihalten des Blockinneren von Fahrzeugen

Ausblick/Ziele - Fokus Öffentliche

Ausblick/Ziele - Fokus Öffentliche

Ausblick/Ziele - Fokus Öffentliche

Ausblick/Ziele - Fokus Private

Sanierungsziele - Beteiligung

- Fortschreibung ISEK und Sanierungsziele (bis 2. Quartal 2020)

- Verständigung über die wichtigen Verfahrensschritte zum Archivzentrum des Bundesarchivs (im Jahr 2020). Planungsverfahren mit öffentlicher Beteiligung (Ziel: 2021)

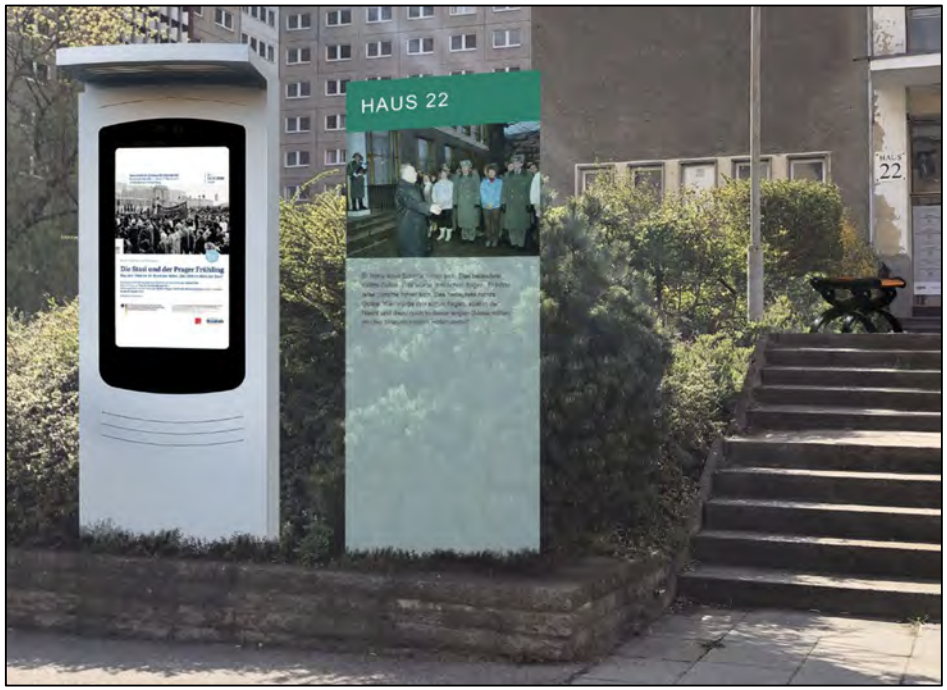
- Verhandlungen mit den privaten Eigentümern über deren Planungen, Einstieg in weitere Prozesse (2020)

- Notwendiges B-Plan-Verfahren mit den gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren fortführen (ab 2020)

- Laufende Information/Beteiligung über Gremien und Medien wie FAN- und Standortkonferenzen, Beiräte etc.

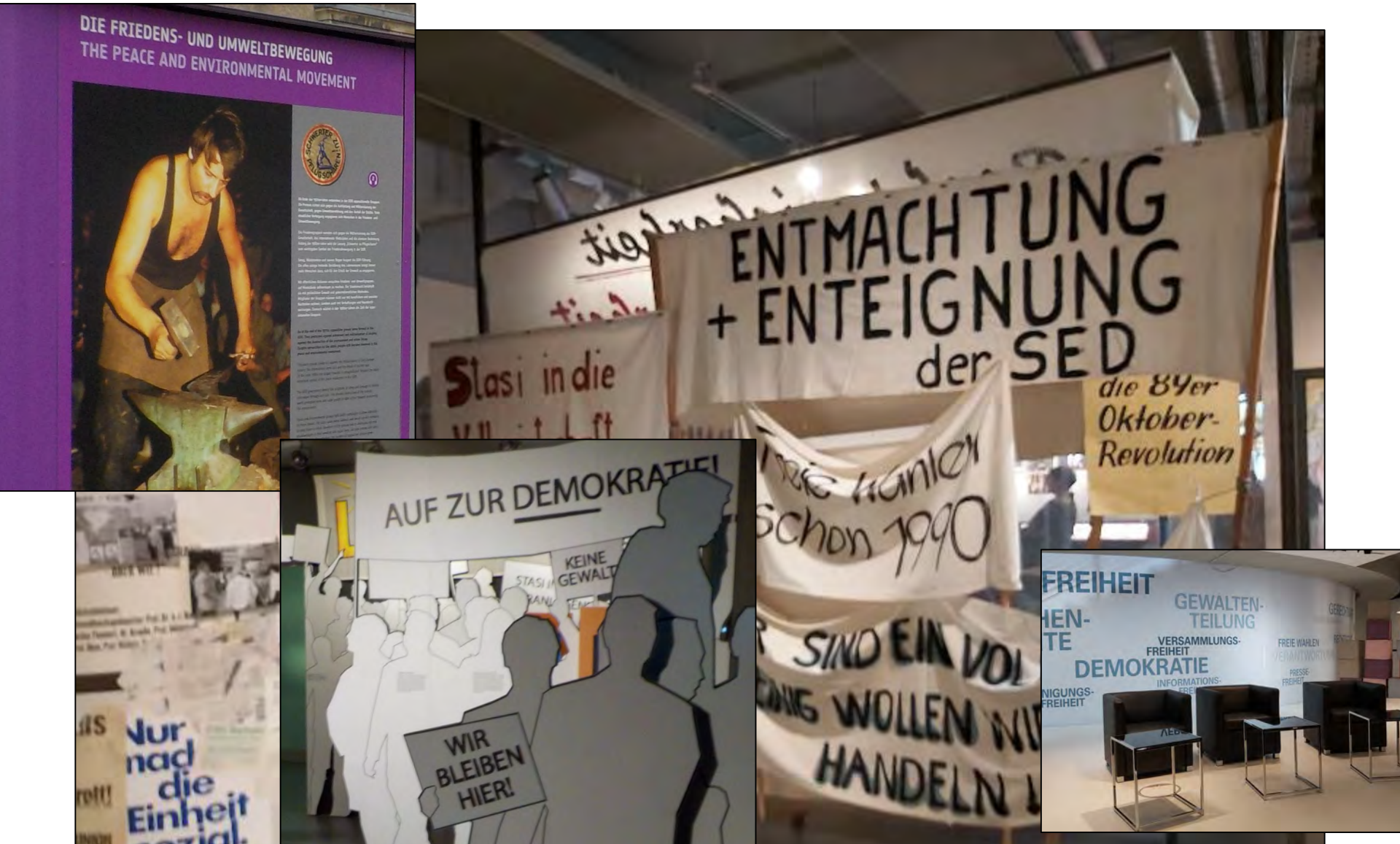
Begleitende/ergänzende Verfahren

- Informations- und Wegeleitsystem (Planung und Umsetzung) für Block und Umfeld - im Verfahren
- Mitwirkung an Aktivitäten zur Stärkung der Campus-Idee
- Unterstützung von möglichen Zwischennutzungen



Beispiele Info- und Wegeleitsysteme

Forum Opposition und Widerstand in der DDR 1949-89



Vielen Dank!

Internationale Keynotes

Beispiele von Projekten zu Erinnerungskultur und Bildungslandschaften aus europäischer Sicht

Basil Kerski

Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum Gdańsk

Kari Lämsä

Service manager, Culture and Leisure Division, Helsinki City Library Oodi

Basil Kerski

Direktor Europäisches Solidarność-Zentrum Gdańsk

Entstehung, städtebauliche Einordnung und Bedeutung des Europäischen Solidarność-Zentrums für den Diskurs über die gesellschaftlichen Veränderungen in Polen 1980-89 und die Freiheit heute.

Die Rolle des Zentrums am historischen Ort

ECS european solidarity centre

EUROPEAN SOLIDARITY CENTRE

Gdańsk
Poland

ECS european solidarity centre

EUROPEAN HERITAGE LABEL

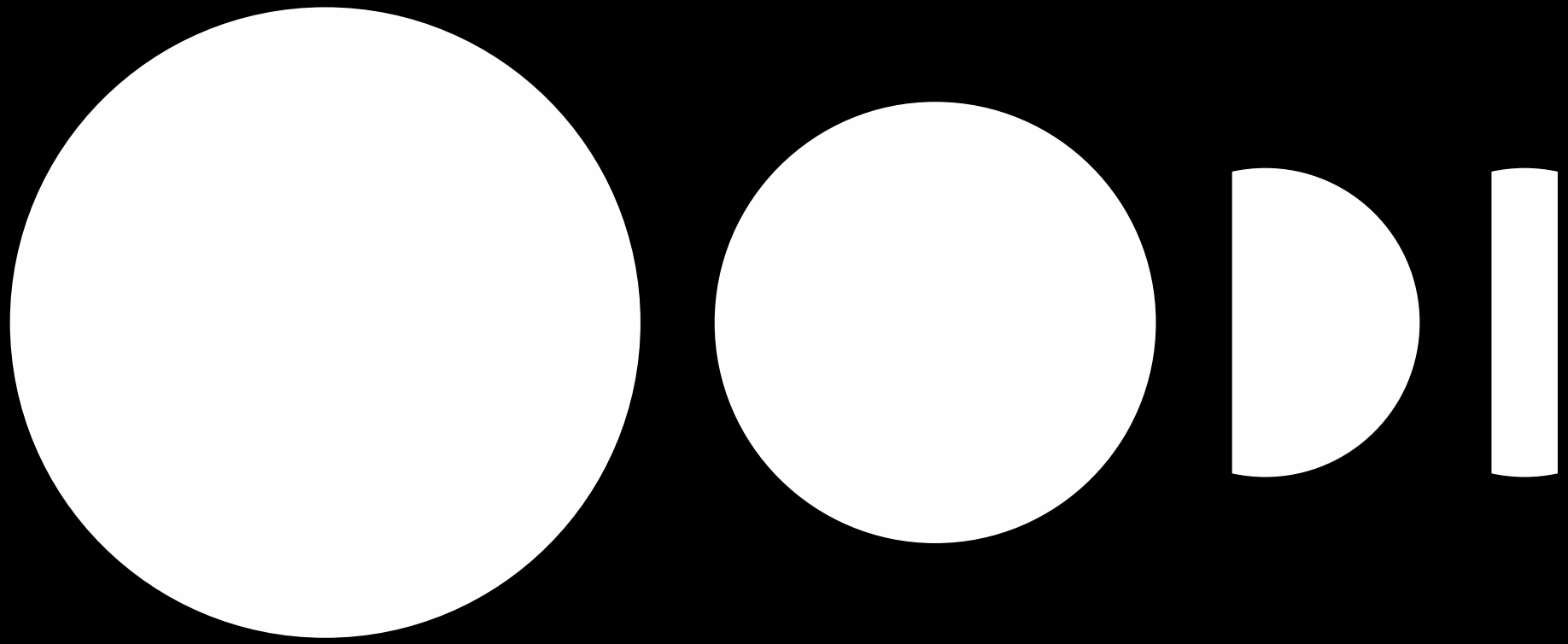
EUROPE STARTS HERE!

Kari Lämsä

Service manager Oodi-Bibliothek, Helsinki

Culture and Leisure Division, City Library Oodi

Planning for Real - Die Planung, Entstehung und Nutzung der Oodi-Bibliothek als Resultat von Partizipation und demokratischer Willensbildung.



Oodi Helsinki Central Library

Helsinki

Oodi in the City Center

Oodi.

Not just a library. Your interface to everything.

Diskussionsrunde

Erkenntnisse, Ideen und Ziele für den Campus für Demokratie als Ort der Erinnerung, Forschung, Bildung und des Tourismus

Isabel Fannrich	Moderation
Katrin Lompscher	Senatorin f. Stadtentwicklung u. Wohnen
Dr. Klaus Lederer	Senator für Kultur und Europa
Lutz Henke	visitBerlin (Tourismus)
Dr. Robert Kaltenbrunner	Architekt (Stadtentwicklung)
Jette Helberg	Initiative Aufbruch Ost (Gesellschaft)